

„Die Parteien, die für Atomkraft Wahlkampf gemacht haben, haben damit nicht gewonnen“

Stand: 06:34 Uhr | Lesedauer: 8 Minuten

Von Natascha Koch

Jens Spahn und Lars Klingbeil liefern sich nach der Niedersachsenwahl im Studio bei Anne Will einen Schlagabtausch zur Regierungsarbeit der Ampel in Berlin. Für Ricarda Lang ist das Wahlergebnis ein Signal gegen die Kernkraft.

Die Ergebnisse aus der Landtagswahl in Niedersachsen ([/politik/wahl/niedersachsen-wahl/article241508265/Landtagswahl-2022-SPD-siegt-in-Niedersachsen-und-setzt-auf-Rot-Gruen.html](#)) kamen ganz anders, als es sich manche Parteien gewünscht hätten: Die CDU erzielte eins ihrer bisher schlechtesten Wahlergebnisse, die FDP verpasste den Einzug in den Landtag komplett. Währenddessen feierte die AfD das Doppelte an Stimmen im Vergleich zur letzten Wahl.

Auch SPD und Grüne schnitten im Vergleich gut ab – und das, obwohl die Zufriedenheit mit der Ampel-Regierung eher gering zu sein scheint. Wie konnte es dazu kommen? Und welche Schlüsse sollten Ampel und Opposition daraus ziehen?

Zusammen mit der Parteivorsitzenden der Grünen, Ricarda Lang, und dem Vorsitzenden der SPD, Lars Klingbeil, wertete Anne Will ihrem ARD-Talk am Sonntagabend die niedersächsische Wahl aus. Die CDU war durch den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn vertreten. WELT-Autor Robin Alexander und Politikwissenschaftlerin Julia Reuschenbach kommentierten das Geschehen.

33,4 Prozent holten die Sozialdemokraten – und damit zwar 3,5 Punkte weniger als bei der vorherigen Wahl 2017, trotzdem aber noch genug, um den Koalitionspartner frei wählen zu können. Dabei ließen bundesweite Umfragen eigentlich auf etwas anderes schließen: 68 Prozent der Bürger seien weniger oder gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung, las Moderatorin Will vor, in Niedersachsen liege die Zahl bei 54 Prozent.

Man dürfe der Bundespolitik nicht zu viel Platz einräumen, sagte SPD-Chef Klingbeil: Es habe sich um eine Wahl mit landespolitischen Themen gehandelt. Für ihn sei es ein „klares

Votum“, über das er sich freue, dennoch sei wichtig: „Olaf Scholz stand in Niedersachsen nicht zur Wahl, sondern Stephan Weil.“

Dieser habe den „Amtsinhaberbonus“ innegehabt, sagte Politikwissenschaftlerin Reuschenbach; er habe sich also seine Beliebtheit als amtierender Ministerpräsident zunutze gemacht. Auch Jens Spahn betonte den Erfolg Weils: „Es ist Stephan Weil gelungen, tatsächlich in dieser bundespolitischen Stimmung, das zu einer Wahl über den Ministerpräsidenten zu machen“, sagte er.

Die Bundesregierung dürfe sich deshalb nicht zu sehr darauf ausruhen. Gerade mit Blick auf die 11,3 Prozent der AfD solle man die Unzufriedenheit vieler Bürger nicht aus den Augen verlieren, so Spahn: „Man spürt, dass dieses große Versprechen, Wohlstand in der Breite, dass das gerade bröckelt. Das spüren viele, da ist viel Unsicherheit, und gleichzeitig sehen sie noch nicht, dass darauf mit Führung geantwortet wird – und das muss uns alle umtreiben.“

Fehlende Führung vonseiten der Grünen stritt Parteichefin Lang ab: „Wir sind die einzige demokratische Partei, die zugenommen hat“, sagte sie. Obwohl Wirtschaftsminister Robert Habeck nach der gescheiterten Gasumlage und der Diskussion um die Kernkraftwerke in den Umfragewerten gerade mal 42 Prozent Zustimmung einhole, zeige das Wahlergebnis der Grünen in Niedersachsen, dass er und die Partei dem Regierungsauftrag gewachsen seien: „Wenn jemand im Sturm steht, Verantwortung übernimmt, dann wird man dabei auch mal nass“, sagte Lang. „Ich muss sagen, mir ist ein Wirtschaftsminister, der Verantwortung übernimmt, auch wenn's mal ruckelt, tausendmal lieber, als wenn er sich hinstellen und nichts machen würde, um am Ende sagen zu können: „Ich war's nicht.““

Beim bitteren Wahlergebnis der FDP mit 4,9 Prozent müsse man Rückschlüsse auf ihre Bundespolitik ziehen, sagte WELT-Autor Alexander. Er kritisierte bei der FDP vor allem ihren Wahlkampf, bei dem auch Finanzminister Christian Lindner (FDP) im Vorhinein vor einer linken Regierung in Niedersachsen gewarnt habe – also einer Regierung aus den zwei Parteien, mit denen die FDP auf Bundesebene regiert. „In dieser Grube saß jahrelang die SPD“, sagte Alexander. „Das haben die Wähler nicht verstanden. Entweder ist man für die Wähler Regierung oder Opposition – aber die gleiche Grube gräbt sich gerade die FDP.“

Parteichef Lindner hatte nach den ersten Hochrechnungen der Wahl gesagt, die Partei müsse ihre „Rolle in der Koalition überdenken“. Während SPD und Grüne sich klar gegen ein

Weiterlaufen der Kernkraftwerke ausgesprochen hatten, hatte sich die FDP dafür im Wahlkampf starkgemacht. Lang nutzte das: Es sei klar, dass die Wahl ein Zeichen gegen das erneute Einschalten einzelner Kernkraftwerke gesetzt habe: „Das muss man sich klarmachen, dass die beiden Parteien, die ganz stark für den Wiedereinstieg in die Atomkraft Wahlkampf gemacht haben, die CDU und die FDP, damit nicht gewonnen haben“, sagte Lang.

Deswegen müsse man jetzt auch auf den Ausbau der erneuerbaren Energien setzen, das sagte auch Lars Klingbeil: „Es wird keinen Wiedereinstieg in die Atomkraft geben, den wird es auch unter der SPD nicht geben – wir müssen vorankommen bei den erneuerbaren Energien und da muss die Regierung jetzt schnell einen Haken dransetzen.“

Einen heftigen Schlagabtausch lieferten sich Spahn und Klingbeil, als Spahn die Diskussion daraufhin auf den zu langsamen Umgang der Ampelkoalition mit der Energiekrise lenkte: „Ich bin jetzt etwas unruhig, weil ich zum dritten oder vierten Mal von Ihnen beiden aus der Regierung höre: „Wir müssen jetzt bald mal entscheiden“, sagte er. „Das Hauptproblem, und ich behaupte auch das Problem, das gerade diese Wut so stark macht, ist ja, dass seit Monaten nicht entschieden wird.“

Das Wahlergebnis der FDP und CDU sage nicht viel über die Zustimmung zur Kernkraft aus, dafür sei das Thema nicht präsent genug gewesen, sagte Spahn: „Ich habe keinen getroffen, der infrage stellt, dass man mitten in der größten Energiekrise, bei Rekordstrompreis, nicht sichere Kernkraftwerke weiterlaufen lassen sollte. Das hat eine breite Mehrheit in Deutschland.“

Gerade die Uneinigkeit innerhalb der Ampelkoalition führe zu einer zu langsamen Reaktionsgeschwindigkeit, sagte Spahn: „In einer der größten Wirtschaftskrisen streiten sich der Wirtschafts- und der Finanzminister jeden Tag – Kernenergie, Schuldenbremse, Steuern runter – jeden Tag ist Streit“, sagte er. „Herr Klingbeil sagt, wir sollen die Regierung unterstützen, da frage ich mich, welchen Teil der Regierung? Die sind sich ja an keiner Stelle einig.“

„Lieber Herr Spahn, es ist schon unredlich zu sagen, dass nichts entschieden worden sei“, entgegnete Klingbeil. „Ich würde mir wünschen, dass die Union auch Rückschlüsse aus diesem Wahlergebnis zieht.“ Die Union habe keinen Vorschlag eingebracht, die Energiekrise zu bewältigen, sagte er: Friedrich Merz habe höchstens vorgeschlagen, die Nordstream-

Pipeline abzuschalten. „Wären wir diesen Weg gegangen, würden wir jetzt nicht mehr nur über 200 Milliarden reden.“

Tatsächlich räumte Klingbeil aber ein: „Ich finde auch, dass viele Entscheidungen schneller kommen müssen, aber trotzdem müssen sie ja gründlich getroffen sein – wir entscheiden hier über 200 Milliarden“, sagte er.

Spahn war nun in seiner Oppositionsrolle angekommen. Fast höhnisch stellte er den Umgang der Ampel mit den 200 Milliarden Euro infrage: „Ich habe noch nie gesehen, dass es eine Pressekonferenz gibt, wo sich Finanz- und Wirtschaftsminister und der Bundeskanzler hinsetzen und sagen: „Es gibt jetzt 200 Milliarden – wofür genau wissen wir noch nicht, aber es sind auf jeden Fall schon mal 200 Milliarden.“ Man hätte sich bereits vorher überlegen sollen, wofür diese 200 Milliarden eingesetzt werden, und dann erst die Summe festlegen, sagte er, „Also so habe ich das mal gelernt.“

Nicht zuletzt musste auch die Niederlage der CDU bei der Landtagswahl in Niedersachsen zur Sprache kommen. Alexander führte das Ergebnis zum einen auf den ideologisch unsauberer Parteitag zurück: „Programmatisch drehte man nach links, rhetorisch drehte man nach rechts“, sagte er und bezog sich dabei auf die auf dem Parteitag beschlossene Frauenquote in der CDU, die nicht mit den „markigen“ Reden der Spitzenpolitiker zusammengepasst habe. „Ich glaube, dass die CDU noch nicht ihren eigenen Punkt gefunden hat.“

Den rhetorischen Rechtsruck warfen auch Klingbeil und Lang dem CDU-Parteivorsitzenden Merz vor, der kürzlich noch ukrainischen Flüchtlingen „Sozialtourismus“ nach Deutschland vorgeworfen hatte. Zwar hatte er sich entschuldigt, „wenn meine Wortwahl als verletzend empfunden wird“, wenig später aber weitere Aussagen zum vermeintlichen Pull-Faktor in Deutschland getätigt, den es durch Sozialgelder für Asylbewerber gebe.

Lang kritisierte das als Populismus und warf der CDU vor, dadurch Wähler an die AfD verloren zu haben: „Sie haben vorhin gesagt, Herr Spahn, Sie machen sich Sorgen, wenn Sie jetzt das Ergebnis der AfD sehen“, sagte sie. „Dieses Ergebnis stärkt man auch dadurch, wenn man rechte Narrative und russische Propaganda verbreitet, und dafür trägt die Union, dafür trägt Friedrich Merz auch eine Verantwortung.“

Auch Politikwissenschaftlerin Reuschenbach sah hier Merz in der Verantwortung: „Es muss möglich sein, Oppositionsarbeit kritisch zu machen“, sagte sie. „Aber die Frage ist, mit welcher Sprache.“ Allerdings würde man es sich „zu einfach machen, wenn man sagt, der Zugewinn der AfD ist Schuld der Union“, fügte sie hinzu.

Spahn wiederholte zwar abermals, dass der Begriff „Sozialtourismus“ falsch gewesen sei, drückte aber für Merz seine Unterstützung aus: „Das ist unsere Programmatik, Frau Will“, sagte er. „Wir wollen Zuwanderung in den Arbeitsmarkt, wir wollen nicht Zuwanderung in das Sozialsicherheitssystem.“

Die CDU müsse die Wahl „selbstkritisch aufarbeiten“, sagte Spahn zusätzlich. Es müsse als Denkanstoß dienen, dass die Wähler nach 16 Jahren in der Regierung und einem Jahr in der Opposition nicht der Union das Vertrauen aussprechen.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/241508597>